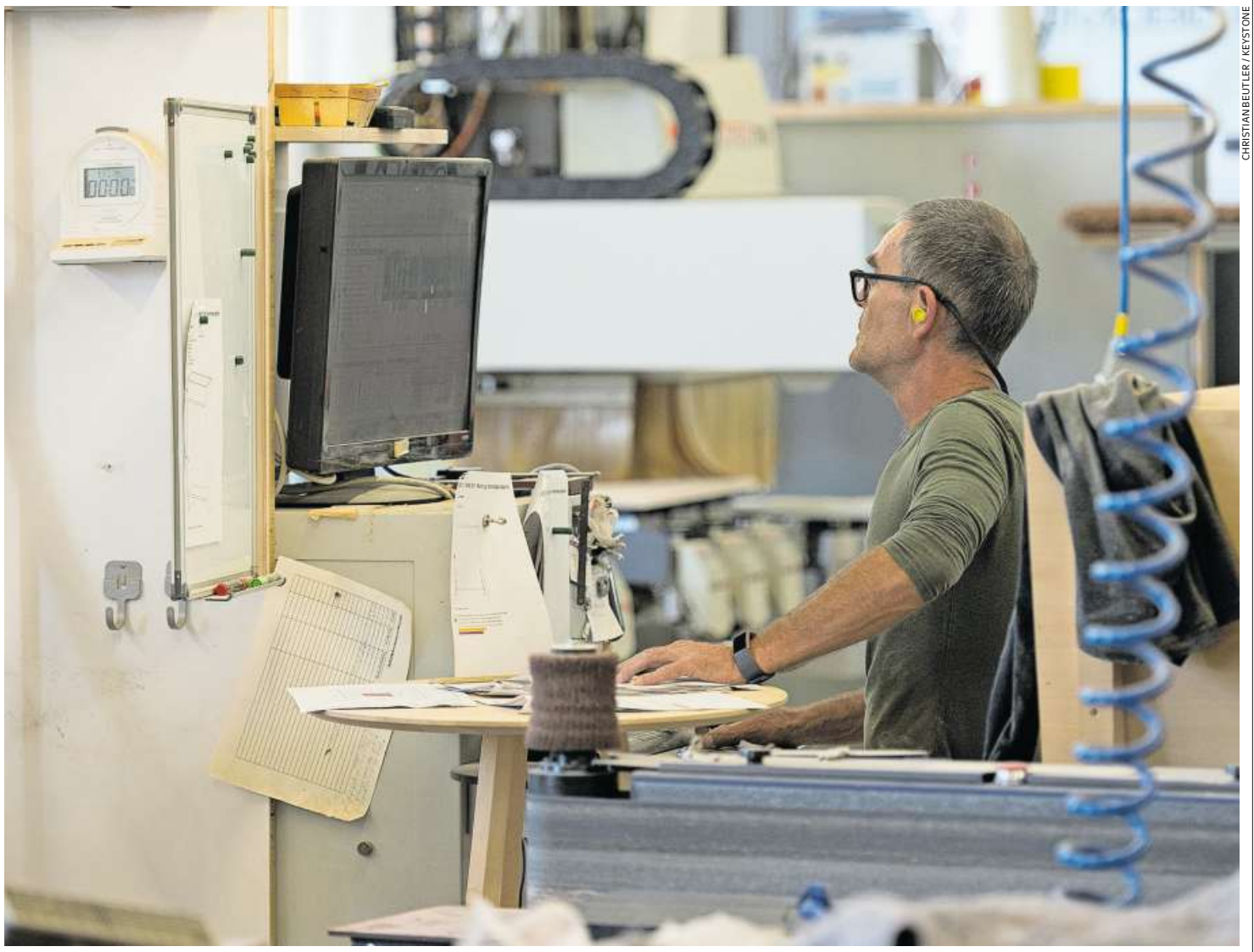
Bund fördert Firmen statt Arbeiter

Auswertung zeigt: Gelder für die Weiterbildung kommen vor allem Unternehmen zugute

René Donzé



CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

Für gelernte Berufsleute kann die Vorbereitung auf ein Diplom oder eine Fachprüfung teuer werden: Schreiner an einer CNC-Maschine.

Eigentlich wollten die Politikerinnen und Politiker in Bern bloss für mehr Fairness sorgen: Fairness zwischen jenen jungen Frauen und Männern, die studieren, und jenen, die eine Berufslehre absolviert haben. Denn Letztere müssen ihre berufliche Weiterbildung meist selbst bezahlen – es sei denn, ihr Arbeitgeber unterstützt sie finanziell.

Der Preis ist hoch. Rund 10 000 Franken kostet allein die Vorbereitung auf eine höhere Berufsprüfung mit Fachausweis. Sogar mit rund 14 000 Franken muss für die Vorbereitung auf die höhere Fachprüfung mit Diplom gerechnet werden. Dazu kommen rund 4000 Franken für Zulassung, Prüfung, Material. Studierende hingegen erhalten die Ausbildung weitgehend gratis, da Universitäten und Fachhochschulen staatlich finanziert werden.

Um das auszugleichen, haben Bundesrat und Parlament vor ein paar Jahren beschlossen, dass der Bund die Hälfte solcher Kosten für die Vorbereitung auf Berufs- und Fachprüfungen übernimmt. Zuvor hatten die Kantone teilweise Kursanbieter subventioniert, aber längst nicht alle gleich stark.

Firmen kontern Vorwurf

Die neuen direkten Zahlungen an die Kursteilnehmer wurden ab 2018 schrittweise eingeführt. 2021 schüttete der Bund bereits insgesamt 98 Millionen Franken aus. Nun aber zeigt sich: Diese neuen Bundessubventionen entlasten vor allem die Firmen und viel weniger die Angestellten. Dies hat eine Auswertung des Bundesamts für Statistik ergeben. «Der Anteil an den Gesamtkosten der vorbereitenden Kurse hat aufseiten der Arbeitgeber stärker abgenommen als bei den Kursteilnehmenden», bestätigt das Staatssekretariat für Bildung diesen Befund auf Anfrage.

Wie konnte es dazu kommen? Dazu muss man wissen, dass sich viele Firmen stark an der Weiterbildung ihres Personals beteiligt haben: Bis 2016 übernahmen sie im Durchschnitt 44 Prozent der Kurskosten für den Fachausweis. Nun, da der Staat mehr bezahlt, halbierte sich ihr Engagement auf 22 Prozent. Die Arbeitnehmer hingegen konnten ihre Beteiligung bloss von gut 50 auf 42 Prozent reduzieren. Ähnlich sieht es bei den Diplomen aus.

Linke Bildungspolitiker in Bern reiben sich aufgrund dieser Zahlen die Augen. «Noch immer sind einige Arbeitgeber zu knausrig, wenn es um die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht. Das ist schade», sagt SP-Bildungspolitiker Matthias Aebischer. Der Präsident der Gewerkschaft Travailsuisse, Adrian Wüthrich, bezeichnet diese Effekte als unfair. Gelassen hingegen gibt sich der freisinnige Christian Wasserfallen. «Die Kostensenkung für beide Seiten ist eigentlich im Sinne der damaligen Konzeption.»

Bereichern sich die Firmen hier an Bundessubventionen? «Nein», sagt Nicole Meier, Bildungsverantwortliche beim Arbeitgeberverband. Sie erklärt den Rückgang der Arbeitgeberbeteiligung vor allem damit, dass einige zuvor mehr als 50 Prozent der Kosten übernommen hätten. So wurden beispielsweise in der Hotellerie aufgrund des Gesamtarbeitsvertrags praktisch die gesamten Kursgebühren bezahlt. Da nun der Bund 50 Prozent der Kosten trage, sei es klar, dass die Unternehmen nicht mehr als die Hälfte beisteuern. «Es war zu erwarten, dass solche Unternehmen nun ihren Beitrag zurücknehmen.» Natürlich hätten einige Arbeitgeber diesen angesichts der Bundessubventionen auf unter 50 Prozent reduziert. Allerdings müsse man auch mit einberechnen, dass viele Firmen dem Personal Arbeitszeit für Kurse zur Verfügung stellen.

Experten haben gewarnt

Dass ein solcher Spareffekt für Unternehmen eintreten könnte, haben Experten schon während der Entwicklung der neuen Subvention in einer vom Bund bestellten Studie vorausgesehen. «Solche Verdrängungseffekte von staatlichen Finanzierungen, die private Finanzierungen ersetzen, sind auch aus anderen Politikbereichen bekannt», sagt Studienleiter Jürg Schweri, Professor an der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung. So aber werde die Erreichung des deklarierten Ziels der Unterstützung vermindert, nämlich die finanzielle Belastung der Kursteilnehmenden zu reduzieren und so die ungleiche Behandlung von Studierenden in Hochschulen und in der höheren Berufsbildung zu vermindern.

Jetzt bestätigen sich die Prognosen. Gewerkschafter Wüthrich fordert: «Es muss eine Evaluation der Reform durchgeführt werden.» Tatsächlich will nun zumindest ein Teil der Politik reagieren – indem noch mehr Geld investiert wird. «Wir sind daran, die Bundesgelder für die höhere Berufsbildung zu erhöhen, um die nach wie vor bestehende Ungerechtigkeit zu minimieren», sagt Aebischer. Darüber seien sich die Bildungspolitiker vieler Parteien einig. Doch werde man dies an Bedingungen knüpfen. «Es kann nicht sein, dass der Bund nur das Budget der Arbeitgeber entlastet. Die Arbeitnehmerinnen müssen von zusätzlichen Geldern ebenfalls profitieren.»

Nicht alle werden allerdings damit einverstanden sein. «Das System kann sicher noch einfacher und schlanker werden. Es sollte möglichst wenig Aufwand entstehen», sagt der Freisinnige Wasserfallen. «Grundlegend aber würde ich daran nichts ändern.»

Nun will zumindest ein Teil der Politik reagieren – indem noch mehr Geld investiert wird.

In Kürze

Rückreise-Stau am Gotthard

Kurz bevor in zahlreichen Schweizer Kantonen die Sommerferien enden, ist es am Gotthard erneut zu einem längeren Stau gekommen. Der Touring Club Schweiz meldete am Samstagnachmittag zwischen Biasca und Airolo eine Wartezeit von 2 Stunden und 20 Minuten. Der Verkehr staute sich auf einer Länge von 12 Kilometern. Für den Juli hatte die Urner Kantonspolizei bereits einen Rekord von 350 Stunden Stau vermeldet. *(zzs.)*

90-Jähriger stirbt bei Selbstunfall

Im thurgauischen Schlatt ist am Freitagabend ein 90-jähriger Autofahrer verunfallt. Wie die Kantonspolizei gestern mitteilte, verstarb der Mann trotz erster Hilfe von Passanten und dem raschen Eintreffen von Polizei, Rettungsdienst und einer Rega-Besatzung noch am Unfallort. Der Verstorbene war aus unbekannten Gründen auf die Gegenfahrbahn geraten und mit einer Treppe und einer Friedhofsmauer kollidiert. *(zzs.)*

Tödliche Kollision auf der Autobahn

Am Freitagabend sind im Chauderon-Tunnel im Kanton Waadt zwei Fahrzeuge kollidiert. Dabei starb eine 76-jährige Frau, vier Personen wurden verletzt. Laut der zuständigen Kantonspolizei stiess ein Fahrzeug aus unbekannten Gründen in die rechte Leitplanke, woraufhin ein dahinter fahrender Lieferwagen heftig in das Heck des Autos prallte. Nach dem Unfall kam es auf der A 9 zwischen Lausanne und Vevey zu einem kilometerlangen Stau, der sich erst spätnachts auflöste. *(zzs.)*

Zwei Einbrecher festgenommen

Am Freitagabend hat die Kantonspolizei St. Gallen zwei Syrer festgenommen, nachdem diese sich im Garten eines Hauses aufgehalten und später nach offenen Fahrzeugen gesucht hatten. Die Beamten fanden bei den Männern auch Gegenstände, welche wohl bei einem Einbruch in Rheineck entwendet wurden. Weitere mögliche Straftaten werden abgeklärt. Die zwei Syrer waren aus Österreich eingereist. *(zzs.)*

Classe politique

Sanija Ameti, Retourkutscherin, wurde von Politjournalist Christoph Mörgeli ermahnt, der Schweiz gegenüber Dankbarkeit zu zeigen. Wäre die Operation-Libero-Chefin als Kind in Kosovo geblieben, so Mörgeli, hätte sie «möglicherweise kein Studium absolvieren und den Ehemann nicht auswählen dürfen». Auf Twitter schoss die Operation Libero zurück: Mörgeli hasse möglicherweise Ausländer und könne allenfalls gar keine Frau auswählen, weil ihn keine wolle. Nicht allenfalls, sondern definitiv führt die lange Hochdruckphase in manchen Köpfen zu einem stabilen Sommerloch.

Peter Grünenfelder, Sanierer, lanciert in ebendiesem Sommerloch einen provokativen Vorschlag. Der FDP-Kandidat für den Zürcher Regierungsrat will das Gremium schon von vornherein umkrempeln: Justiz- und Sicherheitsdirektion sollen verschmelzen. Betroffen wären Jacqueline und Mario Fehr. Wir schlagen eine Co-Direktion der beiden vor: Synergiepotenzial ist vorhanden – das Sympathiepotenzial ist ausbaufähig.

Sanija Ameti

Peter Grünenfelder

PD

Homeschooling: Boom geht weiter

Zuerst Corona-Massnahmen, jetzt der Lehrermangel: Eltern nehmen ihre Kinder vermehrt aus der Schule.

René Donzé

Während der Corona-Pandemie haben Hunderte Eltern ihre Kinder aus der Schule genommen, weil sie mit den dort geltenden Massnahmen nicht einverstanden waren. Nun aber zeigt sich: Der Trend zum Homeschooling hält an. Wie das Zürcher Volksschulamt auf Anfrage mitteilt, wurden fürs neue Schuljahr 789 Kinder für den Heimunterricht gemeldet. Das sind knapp 276 mehr als vor einem Jahr und rund dreimal so viele wie vor Corona.

Auch in anderen Kantonen, die Homeschooling erlauben, nimmt die Zahl weiter zu. Im Aargau etwa stieg sie gegenüber dem Vorjahr von knapp 400 auf gut 600, Luzern meldet einen Zuwachs von 110 auf über 150. Der Kanton Bern, der letztes Jahr schon 934 zu Hause geschulte Kinder zählte, hat die Statistik noch nicht nachgeführt.

Der Anteil der zu Hause unterrichteten Kinder liegt also viel höher als vor der Pandemie. Und das dürfte so bleiben, sagt Gabriela Kohler, die den Verband der Elterngremien im Kanton Zürich präsidiert: «Bei einigen Eltern ist das Vertrauen in die Volksschule geschwächt.» Das habe nun auch mit dem Lehrpersonenmangel zu tun: Immer noch sind nicht alle Stellen besetzt, teilweise werden nach den Sommerferien Laien vor den Klassen stehen. Kohler kennt einzelne Fälle, in denen Eltern ihr Kind deswegen abgemeldet haben. Das sei aber keine nachhaltige Lösung, sagt sie. Denn «diese Eltern haben ja ebenfalls meist keine pädagogische Ausbildung». Spätestens nach einem Jahr müssten sie eine professionelle Lösung für ihr Kind finden, so will es das Zürcher Gesetz.

Für Patrick Ziegler, Präsident des Vereins Bildung zu Hause, ist es denn auch mehr die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Schulsystem, die Eltern dazu bewegt, ihre Kinder aus der Schule zu nehmen. «Viele haben Mühe mit dem teilweise einseitigen Druck, der auf die Kinder ausgeübt wird», sagt er. «Die Eltern wollen einen eigenen Weg gehen.» Schon seit Jahren wachse die Zahl der Vereinsmitglieder jedes Jahr um 20 bis 30 Prozent. «Während Corona gab es einen kurzfristigen Hype um das Thema, doch der Trend besteht schon länger. Er ist auch irgendwie ansteckend.»

Auf den Schulämtern wurde der Lehrermangel noch nie explizit als Grund für Homeschooling genannt, heisst es in den Kantonen Zürich, Aargau und Luzern. Allerdings wird das auch nicht systematisch erfasst. Das Zürcher Volksschulamt weist zudem darauf hin, dass im Februar dieses Jahres, als die Maskenpflicht galt, vorübergehend noch etwa 200 Kinder mehr im Homeschooling waren als jetzt. Und darauf, dass der Anteil der zu Hause geschulten Kinder bei 0,43 Prozent aller Schüler liege. Im September 2019 waren es noch 0,14 Prozent.